



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Kiel, 8. September 2011

Vorlage der Staatskanzlei i.S. Sachstandsbericht zum Projekt KoPers

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Vorlage der Staatskanzlei i.S. Sachstandsbericht zum Projekt KoPers (IT-Kooperation Personaldienste) mit der Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag der Staatskanzlei, den nächsten Sachstandsbericht im November 2011 vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Olaf Bastian

Anlage



Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

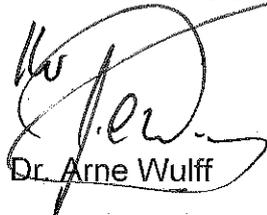
Über das
Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

31.8.2011

Sehr geehrter Herr Sönnichsen,

anliegend übersende ich einen Sachstandsbericht zum Projekt **KoPers** (IT-Kooperation Personaldienste) zur Information des Finanzausschusses.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Arne Wulff

**Sachstandsbericht des Projektes KoPers;
Fortschreibung des Berichts vom 11.3.2011 (Umdruck 17/2117)**

Der Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat in seiner 45. Sitzung am 7. April 2011 den letzten Sachstand KoPers (Kooperation zur Neuausrichtung der IT-Unterstützung von Personalmanagementaufgaben in der FHH und in SH unter Beteiligung der Kommunen in SH) auf der Basis des Umdrucks 17/2117 zur Kenntnis genommen. Der Zuschlag im Vergabeverfahren auf einen Bieter durch Dataport am 19.4.2011 und Entscheidungen des Kabinetts zur weiteren Organisation des Personalwesens im April 2011 sowie die ersten Erkenntnisse der Startphase der Einführung geben Anlass für einen weiteren Bericht.

Mit diesem Sachstandsbericht werden Informationen gegeben

- I. zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens
- II. zum aktuellen Stand der vertraglichen Regelungen
- III. zum aktuellen Stand der Einrichtung eines Shared Service Centers (SSC) in Schleswig-Holstein

I. Vergabeverfahren

Das im März 2010 als Verhandlungsverfahren gestartete europaweite Vergabeverfahren (siehe Bericht im Umdruck 17/2117) wurde am 19.4.2011 zum Ende gebracht. Dataport als ausschreibende Vergabestelle hat nach Auswertung der eingereichten Bieterunterlagen und auf Vorschlag der Länder (Beschluss des Projektmanagementausschusses vom 25.3.2011 und der Lenkungsgruppe vom 28.3.2011) der mittelständischen, international tätigen Firma **P&I Personal & Informatik AG**, Wiesbaden (<http://www.pi-ag.com/>) den Zuschlag zur Einführung eines integrierten Personalmanagementsystems erteilt. Der Bieter hat nach Auswertung einer Nutzwertanalyse das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt. Sowohl im Leistungsumfang als auch im Preis liegt die P&I AG deutlich vor dem verbliebenen Mitbewerber.

Lösungen der P&I AG sind bereits in mehreren Bundesländern und Kommunalverwaltungen (auch in Schleswig-Holstein) im Einsatz. Die auf die Einführung integrierter Software-Lösungen für die Personalwirtschaft spezialisierte P&I AG ist an der Frankfurter Börse im Prime Standard notiert und erzielte im Geschäftsjahr 2009/2010 einen Umsatz von 63,3 Millionen Euro.

Die Gesamtausgaben für das Projekt (Dataport bzw. P&I AG) betragen ca. 12 Mio. € (FHH ca. 17 Mio. €) und liegen damit im jeweiligen Projektbudget.

Einsparungen werden z.B. durch folgende Effekte eintreten:

- Optimierung in der Fachlichen und der Technischen Leitstelle
- Abschaltung bisheriger Verfahren und damit Lizenz- und Wartungskosten (Permis A und V, PERLE), Wegfall PERLE-Programmierer
- Optimierung von Prozessen
- Vermeidung von Medienbrüchen (Wegfall AP-Vordrucke)
- Fehlervermeidung durch Wegfall von Doppelerfassung

Die Investition ist unter Berücksichtigung diverser Risiken für beide Länder innerhalb des Betrachtungszeitraums bis 2026 wirtschaftlich. Im Mai 2011 hat das Projekt Ko-Pers gemeinsam mit der P&I die Einführung des neuen Verfahrens in den Ländern und den Kommunen in Schleswig-Holstein gestartet. Der aktuelle Zeitplan hat folgende Meilensteine:

- Nach der Konzeptionsphase in 2011 (Projektinitialisierung und Aufbau der gemeinsamen Projektstrukturen, Schaffung der technischen Rahmenbedingungen, Feinkonzeption, Übernahme der Altdaten, Tests und Schulungen) werden im Jahr 2012 in Schleswig-Holstein Personalabrechnungs- und Personalverwaltungskomponenten eingeführt sein.
- Bis Ende 2012 wird das bisherige Personalabrechnungsverfahren Permis-A durch die neue Abrechnungskomponente in den Kommunen und in der Landesverwaltung abgelöst.
- Anfang 2013 bis 2014: Nach erfolgreicher Pilotierung erfolgt die Einführung in allen weiteren personalverwaltenden Dienststellen durch schrittweise Ablösung der Verwaltungsverfahren PERMIS-V- und PERLE (Lehrerverwaltung).

- Der Abschluss des Projektes und damit der Übergang in den flächendeckenden Betrieb ist Anfang 2014 geplant.

II. Vertragliche Regelungen

Dataport als Auftraggeber hat mit der P&I AG einen Rahmenvertrag mit 16-jähriger Laufzeit geschlossen. Die Länder erhalten die Leistungen von Dataport, wo u.a. auch das Rechenzentrum und die Technische Leitstelle betrieben werden. Dieser Weg war vergaberechtlich notwendig, damit Dataport die Leistungen auch den Kommunen und weiteren Einrichtungen in Schleswig-Holstein und Hamburg, sowie ihren weiteren Trägern anbieten kann. Deshalb haben die Länder Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg mit Dataport ebenfalls einen gemeinsamen Rahmenvertrag geschlossen, der von den zuständigen Amtschefs der Staats- bzw. Senatskanzleien unterzeichnet worden ist. Die Laufzeit beträgt auch hier 16 Jahre ab Wirksamkeit. Die konkrete Leistungsabforderung wird jeweils mittels Abrufvereinbarungen kodifiziert.

III. Einrichtung eines Shared Service Centers (SSC) in Schleswig-Holstein

III.1 Sachstand

In der Sitzung am 5.4.2011 hat die Landesregierung den Auftrag zur Entwicklung eines Vorschlags zur Einrichtung eines Shared Service Centers für die Zentralisierung von Personalverwaltungsaufgaben an das Projekt KoPers konkretisiert.

Der Aufbau und die Entwicklung des SSC sollen durch das Projekt KoPers mit Unterstützung durch das Finanzverwaltungsamt erfolgen. Bei der Ausgestaltung des SSC wird das Projekt sicherstellen, dass die angebotenen Dienstleistungen von allen Behörden innerhalb der Landesverwaltung (neben den Behörden der Landesregierung auch z. B. Landtag und Landesrechnungshof) in Anspruch genommen werden können. Die besonderen Anforderungen einzelner, insbesondere großer Personalbereiche können bei Bedarf vorübergehend in Untergliederungen innerhalb des SSC abgebildet werden. Eine Vorfestlegung hinsichtlich der zukünftigen Organisation ist da-

mit nicht verbunden. Eine ausführliche Erprobung und Optimierung der Aufbauorganisation des SSC wird im Rahmen des Projektes KoPers S-H durchgeführt.

Die Erfahrungen vergleichbarer Projekte zeigen, dass die Zentralisierung und Bündelung von Personalverwaltungsaufgaben in einem SSC auch im Vergleich zu anderen Zentralisierungsformen hohe Nutzeneffekte generiert und sich als Organisationsform in vielen Unternehmen und Verwaltungen durchsetzt. Abweichungen sind nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

III.2 Situation beim Kooperationspartner Hamburg:

In der Lenkungsgruppe ePers der Freien und Hansestadt Hamburg ist im Juni die Entscheidung hinsichtlich der künftigen HR-Organisation gegen die Einrichtung eines SSC gefallen. Sollte die FHH bei dieser Entscheidung abschließend bleiben, könnten die bisher angenommenen Einspareffekte an ein SSC in SH nach jetziger Einschätzung des Projekts auch nach der Absage durch die FHH erzielt werden. Dies setzt aber eine extreme Disziplin bei der Ausrichtung an den Standardprozessen der P&I-Software voraus. Etwaige Zeitverzögerungen im Projekt und/oder Kostensteigerungen aufgrund der Entscheidung der FHH müssen ausschließlich von dieser getragen werden. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für das SSC wird zu gegebener Zeit vorgelegt.

Über die Ergänzung des Verwaltungsabkommens mit der Freien und Hansestadt Hamburg bezüglich der organisatorischen Veränderungen hinsichtlich HR-IT-Auftraggeber, Kooperationsstab, Managementausschuss und Fachliche Leitstellen hatte ich mit Umdruck 17/2114 berichtet.

Vorschlag für den nächsten Bericht: November 2011.